



DAS WOLGASTER KRANKENHAUS WIRD ZERSCHLAGEN! UND DAS IST NUR DER ANFANG



Was die SPD-Landessozialministerin Birgit Hesse im Sozialausschuss des Kreistages Vorpommern-Greifswald als großartige Reform pries, ist in Wirklichkeit das Todesurteil für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum in Ostvorpommern.

Das Wolgaster Krankenhaus wird in einer Weise geschädigt, die man nur als Vorstufe zur endgültigen Schließung verstehen kann. Die Frauenheilkunde, die Kinderstation und die Geburtsstation werden ausgelagert. Übrig bleibt die Notaufnahme, die man mit der medizinischen Versorgung älterer Menschen kombinieren will.

Dass so eine Konstruktion auf Dauer überleben kann, glaubt keiner, der seine fünf Sinne beisammen hat. Ganz offenkundig laufen die Pläne auf eine Schließung des Wolgaster Krankenhauses hinaus. Anklam hat im Augen-

blick mehr Glück. Das dortige Hospital darf seine Kinderstation behalten, bekommt aber keine Notaufnahme. Das bedeutet für die Zukunft, dass im Raum Wolgast besser kein Kind krank werden und es im Raum Anklam besser keine medizinischen Notfälle geben sollte. Für beides sind die Krankenhäuser in ihrem Umfeld nicht gerüstet.

Besonders gefährlich sind diese Zustände für Kinder in medizinischen Notfallsituationen.

Die Gesundheitsfürsorge gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die herrschenden Politiker werden dieser Verpflichtung nicht gerecht, und sie wollen es auch gar nicht. Sie haben den ländlichen Raum aufgegeben.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Abbau der Versorgungsstrukturen auch in anderen Landstädten beginnt. Heute Wolgast, und morgen

vielleicht Anklam oder Ueckermünde.

Schon im Kreistag Ostvorpommern hatten die beiden NPD-Abgeordneten als Einzige gegen den Verkauf des Wolgaster Krankenhauses an die Universitätsmedizin Greifswald gestimmt. Mit Recht befürchteten sie, dass im Laufe der Zeit alle lukrativen Versorgungsangebote nach Greifswald abwandern würden, was zwangsläufig dazu führen musste, dass Wolgast - wie vorher schon Heringsdorf - kein Krankenhaus mehr haben würde. Auch im Kreistag Vorpommern-Greifswald greift die NPD-Fraktion dieses Thema immer wieder auf. In der Sitzung vom 30. November hat sie einen Antrag einge-

bracht, wonach der Kreistag das Krankenhauskonzept der Sozialministerin ablehnen und von der Landesregierung fordern solle, dass diese sowohl in Wolgast als auch in Anklam für voll ausgestattete und funktionstüchtige Krankenhäuser sorgen solle.

Während Ministerin Hesse die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zugrunde gehen lässt, schlägt ihr Herz für Asylanten. In der „Ostseezeitung“ sagte sie, „Flüchtlinge“ seien eine große Chance für den Arbeitsmarkt Mecklenburg-Vorpommerns. Viele Stellen seien unbesetzt, die Arbeitgeber suchten Fachkräfte und vor allem Auszubildende. Wie es deutschen Bürgern geht, ist wohl zweitrangig.



Fraktion vor Ort in Wolgast
QR-Code einscannen und Video ansehen.





Jobcenter stiften Unfrieden in Familien

Es ist schlimm genug, daß die Jobcenter Hartz-IV-Empfängern die Leistungen streichen, wenn diese Eigentümer von Hausgrundstücken sind, und sie damit zwingen, Haus und Hof zu verkaufen.

Es geht aber noch übler. Manche Langzeitarbeitslose sind nur Miteigentümer von Eigenheimen. Dazu kommt es etwa bei Erbfällen. Wenn nach dem Tod der Eltern die

Kinder zu gleichen Teilen erben, bilden sie eine Erbgemeinschaft. Jeder Erbe verfügt über einen Miteigentumsanteil. Nun kommt es vor, dass nur eines der Geschwister langzeitarbeitslos ist, die anderen aber nicht.

Dann kommen die Jobcenter und verlangen von ihm, sein Miteigentum zu verkaufen, und wenn sich die anderen Miterben weigern, da mitzumachen, wird der Betroffene aufgefordert, seine eigene

Familie zu verklagen: seine Brüder, seine Schwestern. Auf diese Weise pfeifen die Bürokraten auf das Grundgesetz, das die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt.

Die NPD-Fraktion beantragte im Kreistag, diese menschenverachtende Praxis zu beenden. CDU, SPD, Grüne und Die Linke stimmten dagegen. Damit sind sie mitverantwortlich. Offenbar werden die Häuser für Asylanten ge-

braucht, die in der BRD immer Vorrang haben. **Das ist Volksfeindlichkeit, wie sie abscheulicher nicht sein kann.**



Fraktion vor Ort
QR-Code einscannen und Video ansehen.

FRAKTION VOR ORT:

In Zarnowitz, am Standort des geplanten polnischen AKW

Die NPD-Fraktion sitzt nicht nur im Kreistag oder im Büro herum, sondern sieht sich auch häufig vor Ort die Probleme an. Eines davon sind die polnischen Atomkraftpläne.

An sich ist es allein eine Angelegenheit des Nachbarlandes, was es wo baut. Bei Kernkraftwerken sieht das aber anders aus. Bereits im nächsten Jahr will Polen festlegen, wo das erste AKW errichtet werden soll. Favonisiert wird der Ort Zarnowitz in Westpreußen, heute, nach dem Landraub, in „Zarnowic“ umgetauft.

Nur 350 Kilometer Luftlinie ist er von der heutigen BRD-Grenze entfernt. Umweltschutzorganisationen haben berechnet, dass bei einem Unfall wie dem von Tschernobyl weite Teile von

Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs verseucht und unbewohnbar werden würden.

Und das dürfen wir auch noch bezahlen.

Denn erstens hat Polen vor, für das Vorhaben Subventionsgelder bei der EU zu beantragen. Es sind also vorwiegend deutsche Gelder, denn wir zahlen netto am meisten ein. Und zweitens ist heute schon abzusehen, dass unsere feigen Politiker den Polen ihren Atomstrom auch noch abkaufen werden, so wie sie es bereits mit französischem Atomstrom tun.

So gesehen, ist Merkels Atomausstieg reine Augenschwermerei, genauso wie ihr „Wir schaffen das“-Gefasel in der Asylfrage. Hinzu kommt übrigens noch, dass wir gleich-



zeitig überschüssigen Wind- und Solarstrom verschenken, auch an Polen. Die NPD-Fraktion ist daher im Juli diesen Jahres nach Westpreußen aufgebrochen und hat sich vor Ort kundig gemacht. Das sollten etablierte Politiker vielleicht auch mal tun.



Fraktion vor Ort in Zarnowitz
QR-Code einscannen und Video ansehen.



ASYLANTEN IN POLITIKERWOHNUNGEN!

Ständig wird an die Bürger appelliert, sie sollten doch mehr Willkommensbegeisterung für die sogenannten „Flüchtlinge“ zeigen. Wie wäre es, wenn die Propagandatrupps der Masseneinwanderung einmal mit gutem Beispiel vorangehen würden?

Die NPD-Fraktion beantragte daher in der Kreistagssitzung vom 5. Oktober, dass der Landkreis eine entsprechende Umfrage bei allen Haushalten durchführen sollte. Wer ist so asylbegeistert,

dass er, wohlgermerkt auf eigene Kosten und auf Dauer, die Zuwanderer versorgt? Ohne dem Steuerzahler zur Last zu fallen?

In Presse und Fernsehen heißt es doch immer, die überwiegende Mehrheit der Deutschen schwärme für die unbegrenzte Aufnahme von Asylanten.

Da wäre es doch einmal interessant gewesen herauszufinden, wie viele denn wirklich für diese Einstellung mit eigenem Geld einstehen wollen.

Selbstverständlich wurde der Antrag von den etablierten Parteien abgelehnt.

Das Ergebnis der Umfrage wäre auch zu peinlich gewesen. Ist doch im Lande von keinem einzigen Politiker oder Journalisten bekannt, dass er Ausländer bei sich beherbergt. Dafür haben sie sich inzwischen eine Ausrede ausgedacht. Sie hätten Angst vor ausländerfeindlichen Anschlägen. Na klar. Aber Asylantenheime mitten in Wohngebiete zu stellen, dagegen haben sie keine Einwände.

EIGENER AUSSCHUSS FÜR ASYLANTEN IN VORPOMMERN-GREIFSWALD. DANK AfD-STIMME.

Am Rande der Kreistagssitzung vom 13. Juli wurde bekannt, dass sich die Verwaltung in Vorpommern-Greifswald auf mehr als 2000 Asylanten eingestellt hat, die sich im Verlauf des Jahres im Landkreis einfinden sollen. Damit deren Luxusbetreuung auch optimal ablaufen kann, beantragten SPD und Grüne die Einrichtung eines zeitweiligen Sonderausschusses für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit hatte die Initiative Erfolg. Die entscheidende Stimme kam ausgerechnet von einem AfD-Mann, während sogar viele CDU-Abgeordnete dagegen votierten. Selbstverständlich wird der Ausschuss Geld kosten. Ausländerfreunde arbeiten nie umsonst! Für jede Sitzungsteilnahme werden die Ausschussmitglieder 60 Euro erhalten. Der Vorsitzende darf sich auf 120 Euro freuen. Dank der geringen Anzahl von Mitgliedern ist zudem sicher gestellt, dass nur die großen Fraktionen zum Zuge kommen werden. Offenbar sollen NPD und AfD draußen gehalten werden. Letztere kann sich dafür bei ihrem Multikulti-Kumpel bedanken, der das Ganze mit seinem Abstimmungsverhalten erst möglich machte.

Die NPD-Fraktion wird sich aber nicht rauhhalten lassen und bei den Sitzungen, – auch im nicht-öffentlichen Teil – zumindest anwesend sein und zuhören.

GEGEN EINSEITIGE ASYLPROPAGANDA AUF DER NETZSEITE DES LANDKREISES

Wer die Internetseite des Landkreises Vorpommern-Greifswald besucht, findet dort zuhauf plumpe Stimmungsmache vor. Die NPD-Fraktion forderte in einem Antrag, dies abzustellen.



Dazu sagte der Abgeordnete Tino Müller in seiner Rede: „Die offizielle

Netzseite des Landkreises darf nicht als einseitiges Propagandainstrument missbraucht werden. Genau das geschieht aber. Denn auf dieser Netzseite findet sich zum Beispiel ein Leitfaden des „Regionalzentrums für demokratische Kultur“, in dem jede Kritik an der extremen Willkommensideologie als „Vorurteil“ abgekanzelt wird. Den Andersdenkenden wird unterstellt, sie wären durchweg die Opfer von

Unwissen und Fehlinformation. Dabei sind Bedenken hinsichtlich der Masseneinwanderung der sogenannten „Flüchtlinge“ mehr als berechtigt.

Dem Leitfaden des Regionalzentrums zufolge dürfte man nicht einmal mehr sagen:

» „Wir können es uns nicht leisten, so viele Flüchtlinge aufzunehmen“

» „Deutschland sollte sich lieber um seine eigenen Armen kümmern“

» „Denen geht es gar nicht schlecht - die haben sogar Smartphones“.

Ständig wird der Propagandabegriff „Flüchtlinge“ verwendet, obwohl sogar nach Angaben des Bundesinnenministers viele Zuwanderer aus sicheren Staaten kommen, aus denen

mangels Verfolgung gar keine Flüchtlinge zu uns gelangen können.

Auch dass - wieder nach den Angaben des Bundesinnenministers - viele angebliche Syrer in Wirklichkeit Betrüger sind, die sich falsche syrische Papiere besorgt haben, ist wohl nur ein Vorurteil. Der Bundesinnenminister hat also Belehrung durch die Landrätin, die früher in der SED war, nötig.

Auf der Netzseite des Landkreises wird der Eindruck erweckt, es gebe nur eine richtige und moralisch vertretbare Meinung, nämlich die der Landrätin und des Regionalzentrums, und daneben nur Vorurteile, die auszurotten wären.

Das erinnert an finsterste SED-Zeiten. Mit dieser einseitigen Propaganda muss endlich Schluss gemacht werden.

Asylanteneinquartierung im Überfallstil



Lindenstraße in Anklam

Es läuft immer gleich ab. Zuerst mietet der Landkreis heimlich, still und leise Wohnungen an. Die Bürgermeister und Wohnungsgesellschaften machen mit bei der Verschwörung.

Anschließend werden die Unterkünfte renoviert. Manchmal bemerken Nachbarn die Arbeiten. Auf Nachfragen antworten die zum Schweigen vergatterten Handwerker, sie wüssten rein gar nichts. Und dann kommen die Asylanten. In Bussen angekart, überraschend wie eine Invasionsarmee, zuweilen gleich zu Hunderten. Blitzschnell besetzen sie ganze Wohnblöcke.

Die deutschen Anwohner werden vorher weder informiert noch gefragt. Erst hinterher finden angebliche Informationsveranstaltungen statt, die in ihrem Ablauf und ihrer Gestaltung besser nach Nordkorea passen würden. Sie folgen

einem sorgsam ausgearbeiteten Drehbuch, auf die das Ulbrichtzitat paßt: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Eine Belehrung jagt die andere. Zuweilen berichten dann „Flüchtlinge“ von ihren angeblichen Schicksalen. Kritische Fragen sind nicht erwünscht und werden abgebugelt, die Frager häufig mit Namen und Adressen notiert und mit drohendem Unterton gefragt, ob sie vielleicht etwas gegen Ausländer hätten. Die NPD-Fraktion brachte diese volksverachtenden Machenschaften im Kreistag zur Sprache.



Der Abgeordnete Kristian Belz verlangte in seiner Rede, daß die deutschen Bürger rechtzeitig vor der Massenanlieferung von Asylanten infor-

miert werden müssten. Dabei wies er auf das alte Gutshaus in Woserow bei Bargischow hin. Auch dort hatte der Landkreis nach konspirativer Vorbereitung im Überfallstil Afghanen einquartiert, die vor der Arbeit, die der Aufbau ihres Landes erfordert, geflohen waren.

Nach der üblichen Ablehnung der NPD-Initiative machen die Machthaber im gleichen Stil weiter.

In die Anklamer Lindenstraße wurden bereits an die 100 angebliche „Flüchtlinge“ gestopft. Wieder ohne sich um die Meinung der deutschen Anwohner zu scheren. So sind sie, die angeblichen Demokraten, egal, ob sie Dr. Syrbe oder Galander heißen.

Das Volk darf nichts wissen und hat zu parieren. Gut für hirnlose Untertanen. Unerträglich für alle, die vom Selberdenken nicht lassen mögen.

Asylschwindlerin hat mit Selbstverstümmlung Erfolg

Ende Mai diesen Jahres kam es in Anklam zu einem Zwischenfall, bei dem eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde sowie eine Polizeibeamtin verletzt wurden.

Eine Familie aus Russland sollte zur Abschiebung abgeholt werden. Während dieser Maßnahme versuchte sich die Frau die Pulsadern mit Hilfe eines abgebrochenen Glases aufzuschneiden, um so der Abschiebung zu entgehen. Dabei verletzte sie die beiden Frauen

Durch eine schriftliche Anfrage der NPD-Fraktion kam heraus, dass die russische Frau mit ihrer Selbstverstümmlung Erfolg hatte. Die Abschiebung wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die Verwaltung des Landkreises hielt es noch nicht einmal für nötig, diesen Vorfall anzuzeigen. Angeblich sei der Angriff nicht gezielt erfolgt.

INFOGUTSCHEIN



**NPD-Kreistagsfraktion
Vorpommern-Greifswald**
Pasewalker Str. 36
17389 Anklam



video.npd-fraktion-vg.de
facebook.com/NPDFraktionVG



03971 - 24 11 83
FAX 03971 - 24 11 83



kreistagsfraktion-vg@npd-mv.de

Ich bin an Ihrer Arbeit interessiert. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationsmaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Post

Telefon

